Alles was Recht ist

Wahl der Sterilisationsmethode

Ein Gynäkologe musste sich vor dem Oberlandesgericht Köln verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, die Eileiter seiner Patientin ohne deren Einwilligung entfernt zu haben.

Im Juli 2012 ließ sich die 1973 geborene Klägerin vom Gynäkologen über die Möglichkeiten einer Sterilisation beraten. Die Patientin hatte bereits vier eigene Kinder, ihr Lebenspartner brachte ein weiteres Kind in die Beziehung mit. Der Gynäkologe empfahl der Patientin eine Entfernung der Eileiter und händigte ihr einen Aufklärungsbogen mit der Anlage „Information über die Eileitersterilisation“ aus. Auf dem Aufklärungsbogen hatte der Gynäkologe unter dem Absatz „geplante Behandlung“ vermerkt: „Entfernung der Eileiter“. Die Patientin nahm den Aufklärungsbogen und die Anlage mit nach Hause.

Nach Beratung mit ihrem Lebenspartner entschied sie sich für eine Durchtrennung der Eileiter, über die sie der Gynäkologe ebenfalls aufgeklärt hatte. Zur Operation brachte die Patientin den Aufklärungsbogen und das Informationsblatt, jeweils mit ihrer Unterschrift versehen, mit. Den handschriftlichen Vermerk des Gynäkologen „Entfernung der Eileiter“ hatte sie durchgestrichen. Auf dem Informationsblatt hatte sie unter mehreren möglichen Alternativen diejenige der Durchtrennung der Eileiter ausgewählt. Der Gynäkologe nahm den im Informationsblatt geäußerten Wunsch der Klägerin zur Durchtrennung der Eileiter nicht zur Kenntnis und entfernte die Eileiter.

Die Patientin warf dem Gynäkologen vor, er habe ihre Eileiter ohne ihre Einwilligung entfernt. Dadurch habe sie einen Gesundheitsschaden erlitten, der zum endgültigen Verlust ihrer Fruchtbarkeit geführt habe. Sie habe die Möglichkeit verloren, auf „natürlichem Wege“ schwanger zu werden. Sie fühle

sich nunmehr unvollkommen, zusätzlich belaste sie der Gedanke, dass sie entgegen ihrem Willen behandelt worden sei.

So sah das Gericht den Fall

Das Oberlandesgericht Köln hat – sachverständig beraten – der Klage stattgegeben (Urt. v. 8.7.2014, Az. 5 U 180/14). Die Entfernung der Eileiter sei nicht durch die Einwilligung der Patientin gedeckt gewesen.

Der Gynäkologe habe nicht bewiesen, dass die Patientin bereits im Rahmen des Aufklärungsgesprächs in eine Sterilisation im Wege der Eileiterentfernung eingewilligt habe. Dass der Gynäkologe zum Abschluss des Gesprächs auf dem Aufklärungsbogen handschriftlich „Entfernung der Eileiter“ eingetragen habe, belege nicht, dass die Patientin in diesen Eingriff eingewilligt habe. Möglich und durchaus plausibel sei es auch, dass der Gynäkologe die von ihm als sinnvoller erachtete Alternative vorbereitend in das Aufklärungsformular eingetragen habe, damit die Patientin – im Falle ihres Einverständnisses – die im Formular enthaltene Einwilligungserklärung lediglich habe unterschreiben müssen. Hätte sich die Patientin bereits im Aufklärungsgespräch für eine Eileiterentfernung entschieden, hätte es nahe gelegen, die Einwilligungserklärung bereits am Ende des Gesprächs zu unterschreiben.

Für die Patientin habe auch keine Pflicht bestanden, den Gynäkologen am Tag der Operation darüber aufzuklären, dass sie lediglich eine Eileiterdurchtrennung wünsche. Sie habe ihre schriftliche Einwilligungserklärung mitgebracht, hieraus habe sich zweifellos er-

Dr. Patrick M. Lissel stellt unter „Alles was Recht ist“ gerichtliche Entscheidungen aus dem Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe vor.

geben, welche Form der Sterilisation sie wünsche. Für den Gynäkologen bestehe die ureigene ärztliche Pflicht, sich vor dem Eingriff über das Vorliegen einer Einwilligung der Patientin zu vergewissern. Seine Praxisabläufe habe er so einzurichten, dass das Vorliegen einer Einwilligung vor dem Eingriff sichergestellt sei.

Dr. Patrick M. Lissel
Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Medizinrecht
Weißenseestr. 92
81539 München

In eigener Sache

Nach zehn Jahren der Berichterstattung gibt der Autor die Rubrik mit Abschluss dieser Ausgabe in neue Hände. Begonnen mit der berühmten Cyclosa-Entscheidung des BGH (Heft 3/2006) wurden mehr als 60 Entscheidungen aus den Bereichen Gynäkologie und Geburtshilfe aus allen Instanzen vorgestellt, von Flensburg bis München, von Düsseldorf bis Berlin. Der Autor bedankt sich herzlich für die positive Resonanz über alle Jahre hinweg und wünscht den Leserinnen und Lesern für die Zukunft alles Gute.